

Der Bote aus dem Riesengebirge

Zeitung für



alle Stände.

Erscheint wöchentlich 6 mal

mit Beilage „Leben im Bild“.

Vertrieb: Schriftleitung Nr. 267.

Postcheckkonto Amt Breslau 8316.

Vertrieb: Geschäftsstelle Nr. 36.

Bezugspreis:

Bei Abholung von der Post viertelj. M. 3,75
für 2 Monate M. 2,50, für 1 Monat M. 1,25.
Durch die Post frei Haus viertelj. 42 Pf. mehr.
Bei d. Ausgabe in Hirschberg monatl. 1,25.
Bei den auswärtig. Ausgabe. mon. M. 1,30.

Nr. 85. — 107. Jahrgang.
Hirschberg,
Donnerstag, den 10. April 1919.

Anzeigenpreis:

Die kleine Zeile oder deren Raum für
Auftraggeber im Orts- und Nachbarorts-
verkehr 25 Pfg., für darüber hinaus wohnende
Auftraggeber 30 Pfg. Anzeigen im An-
schluß an den Textteil die Zeile 1,00 M.

Sturmzeichen.

Die Räte-Republik in München steht nicht auf festen Füßen. Das Ständerecht ist bereits verkündigt worden, was in seltsamem Widerspruch steht zu den Schwindschmähungen des Aufrufes; der von der jubelnd begrüßten Befreiung Bayerns redete. Allerdings sollen einige bayerische Städte sich ebenfalls der Räte-Republik anschließen haben. Indessen werden diese Nachrichten von München aus verbreitet und sind deshalb mit doppelter Vorsicht zu genießen. Die Reichsregierung lehnt die Anerkennung der Räte-Republik ab. Ueberdies hat sich die rechtmäßige Regierung Bayerns nach Bamberg begeben, wohin sie den Landtag einberufen will. Die Dinge in Bayern treiben der Entscheidung zu. Wenn die Bayern sich nicht anschließen, ist München in wenigen Tagen ausgehungert. Auf schwachen Füßen ist die beginnende „Weltrevolution“ gegründet. Allein auch in Berlin stehen die Dinge auf Spitz und Knopf. Unabhängige und Kommunisten blasen mit vollen Backen in das revolutionäre Feuer. Der Rätekongress hat eigentlich schon zu Beginn eine politische Machtprobe veranstaltet. Auf Antrag der Unabhängigen forderte er die Haftentlassung Ledebours, der seit dem Januarputsch seiner Aburteilung wegen Hochverrats entgegensteht. Kein Parlament würde ein Mitglied unter sich dulden, das den Sturz der Regierung mit Gewalt vorbereitete. Ob die preussische Regierung dem Verlangen des Rätekongresses Folge leistet, ist ungewiß. Tut sie es, so erkennt sie grundsätzlich die übergeordnete Macht der Räte an, vor der selbst die Rechtspflege zu schweigen hat. Das aber wäre der Anfang der Anarchie, gegen die wir uns doch mit allen Mitteln wehren.

Mit allen Mitteln! So geht es nicht weiter! Streik im Ruhrgebiet, Plünderungen hier und Plünderungen dort, Räte-Republik in Bayern, Verhaftung des Justizministers in Magdeburg, wann sind wir eigentlich am Ende? Ueber politische Probleme kann man streiten, über wirtschaftliche Forderungen läßt sich vielleicht eine Einigung erzielen, aber gegen den Aufruhr um des Aufstandes willen, gegen Gewalttat, Rechtsbruch und Plünderung gibt es nur das Mittel, das Landsbergs Ministerkollege Koske anwendet: gegen brutale Gewalt hilft nur Gewalt und ein fester Entschluß. Das hat ja auch der tapfere Polizeiwachtmeister von Helmstedt bewiesen.

Die Entlassung Ledebours abgelehnt.

× Berlin, 9. April. (Drahtn.)

Aus Kreisen des Rätekongresses erfahren verschiedene Blätter, daß die Regierung der Forderung des Kongresses nach Gewährung der Immunität für seine Mitglieder zugestimmt hat und zwar mit der Einschränkung, daß sie nur für die Dauer des Kongresses gilt und daß sie keine rückwirkende Kraft besitzt. Infolgedessen kann sie nicht auf den Fall Ledebour angewendet werden. Da gegen letzteren ein gerichtliches Verfahren schwebt, wurde seine Haftentlassung abgelehnt.

Verkehrsstreik in Berlin.

wb. Berlin, 9. April. (Drahtn.)

Seute früh 11 Uhr sind die Angestellten der Straßenbahnen, der Hoch- und Untergrundbahnen in den Ausstand getreten.

Aufhebung der Kriegsbeschädigten.

Wie die Berliner Blätter melden, sollen radikale Elemente die Kriegsbeschädigten veranlaßt haben, Mittwoch vor der Reichskanzlei zu demonstrieren und erhöhte Bezüge für die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen zu fordern. Reichswehrminister Noske hat aus diesem Anlaß eine Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt: Man hat wohl den Wunsch, es zu Konflikten mit den Reaierungstruppen kommen zu lassen, die Kriegsbeschädigten gegen diese zu heben und dann das Münchener Beispiel nachzuahmen. Solchen Versuchen gegenüber ist mit der größten Energie aufzutreten. Ferner heißt es darin, daß kein Demonstrationzug in die Wilhelmstraße gelassen werden dürfe und unbedingt für die Sicherheit der inneren Stadt Sorge getragen werden müsse.

Umfassende Sicherheitsmaßnahmen.

× Berlin, 9. April. (Drahtn.)

Bei der Regierung waren Meldungen eingelaufen, daß von gewisser Seite versucht werden würde, den ungeklärten Verlauf des Rätekongresses und der anderen Veranstaltungen zu stören. Es wurde daher im Verfolg der schon beschlossenen großen Absperrungsmaßregeln heute vormittag gegen 10 Uhr das Zentrum Berlins mit besonderen Säukmaßnahmen gesichert. Die Straßen- und Hochbahnen waren zur Einschränkung des Betriebes gezwungen. Als sich herausstellte, daß die Ruhe nirgends gestört wurde, wurden um 11 Uhr die Absperrmaßnahmen gemildert.

Gegen Gewaltfrieden und Generalstreik.

Einstimmige Willenskundgebung

der Berliner Mehrheitssozialisten.

wb. Berlin, 9. April. (Drahtn.)

Die gestern abgehaltene, von über 100 000 Personen besuchte Versammlung der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der sozialdemokratischen Mehrheitspartei Berlins hat zwei Entschlüsse einstimmig angenommen, in denen es unter anderem heißt: Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die von den Ententemächten geplante Vergewaltigung des deutschen Volkes. Wir wollen mit der Welt dauernd in Frieden leben. Darum fordern wir von der Regierung, den Gewaltfrieden abzulehnen. Die Versammlung protestiert mit aller Schärfe gegen die Versuche der Unabhängigen und Kommunisten, die Berliner Arbeiterschaft in einen Generalstreik hineinzuführen. In der gegenwärtigen Stunde, wo die Heranschaffung von Lebensmitteln begonnen hat, schädigt der Generalstreik die Lebensinteressen der Arbeiterschaft aufs schwerste. Die Konferenz forderte die Arbeiter auf, den Streik nicht nur abzulehnen, sondern mit aller Schärfe zu bekämpfen.

Das Chaos in Bayern.

Noch nicht radikal genug.

Die Münchener Rote Fabne, das Organ der Kommunisten, wendet sich in einem Aufruf an die Arbeiter scharf gegen die jetzige Räteregierung. Sie erkennt den jetzt entstehenden revolutionären Rat in keiner Weise als Vertretung der arbeitenden

den Klassen an. In keiner Weise seien einzelne Parteien, welche nur einen Teil des Proletariats vertreten, befugt, an Stelle des gesamten Proletariats die Räterepublik zu verkünden, am allerwenigsten die Parteigenossen eines Obert und Nothe, eines Schneppenhorst und Dürl. Ebenfalls seien dagegen die Unabhängigen geeignet, welche mit den schärfsten Gegnern des Räterepubliksystems zusammenhängen. Nur die Errichtung einer kommunistischen Räterepublik könne die Arbeiterschaft aus aller Not und allem Elend befreien. Das Blatt fordert die Arbeiter, Soldaten und Bauern auf, unverzüglich zur Wahl eines wirklich revolutionären Organs zu schreiten, das Beschluß darüber zu fassen habe, wann die proletarische Räterepublik ausgerufen werden und wann der Kampf um sie beginnen solle. Die Kommunisten werden schließlich aufgefordert, das schärfste Mißtrauen allen Schritten der Gründer der Scheinräterepublik gegenüber zu bewahren, sowie Demonstrationen und Feiern zu Ehren dieser Scheinräterepublik zu meiden. Man rechne in München mit einer vierten Revolution. Kurzzeit selbst das Leben unverändert werksmäßigen Charakter. In allen Betrieben wird gearbeitet. Ruhestörungen haben sich bis jetzt nicht ereignet. Die bürgerlichen Zeitungen erscheinen unter Zensur des Zentralkrates.

Die bayerische Regierung Hoffmann hat einstweilen in dem althistorischen Rathaus zu Bamberg ihren Sitz aufgeschlagen und wird, wenn die nötigen Vorbereitungen getroffen sind, die ehemalige königliche Residenz in Bamberg beziehen.

Die Minister Seitz Pressevertretern mitteilte, hat die bayerische Regierung keinen Anlaß, mit Besorgnis in die Zukunft zu sehen. Sie sei gewiß, daß die Ausrufung der Räterepublik in München, sowie in einer Reihe anderer Städte nur auf den Terror einer mit Waffen ausgerüsteten Minderheit zurückzuführen ist. Kriegsminister Schneppenhorst erklärt, die bayerische Regierung brauche keine weiße Garde, um sich zu behaupten.

Die Regierung des Freistaates Bayern wendet sich in einem Aufruf an das bayerische Volk. Der Aufruf fordert die Volksgenossen und Arbeiter auf, hinter ihre selbstgewählte Regierung zu treten und im Geiste des Sozialismus und der Demokratie im gemeinsamen Aufbau der Arbeit gegen Terror und Diktatur für die Befreiung des bayerischen Volkes und für die sozialistische Volksregierung zu wirken.

Der Soldatenrat des 2. und 6. Korps gegen die Räte.

Der Korpskollatenrat des 2. bayerischen Armeekorps beschloß die militärische Unterstützung des Ministeriums Hoffmann gegen die Münchener Räte. Nach Meldungen aus München haben die Räte in München über dreihundert politische Persönlichkeiten als Geiseln festgenommen.

Die Arbeiter- und Soldatenräte des 6. Armeekorps haben mit Bierkünstler-Majorität sich gegen die Räterepublik und für die Freiheit der Presse ausgesprochen.

Die Lebensmittelzufuhr nach München und Augsburg gesperrt.

Dienstag, den 8. April, nachmittags 5 Uhr, wurde die Lebensmittelsperrung über Augsburg und München verhängt, bis in München die Räteregierung zurückgetreten ist.

Die Bauern Frankens, der Oberpfalz, des Kreises Oberbayern, Schwabens und des Allgäus haben sich zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammengeschlossen und erkennen die Regierung Hoffmann und den bayerischen Landtag als gesetzliche Regierung und Volksvertretung an.

Nürnberg im Kriegszustand.

Ueber Nürnberg ist der Kriegszustand verhängt worden. Der Generalkriegskommissar in Nürnberg ist nicht völlig gelungen.

Blutige Straßenkämpfe in Magdeburg.

Der Belagerungszustand über die Stadt verhängt.

* Magdeburg, 9. April.

Magdeburg war gestern nacht bis in die ersten Morgenstunden hinein der Schauplatz blutiger Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und dunklen Elementen, die, ausgehert von den radikalsten Führern, um jeden Preis versuchen wollten, sich zu Herren der Lage zu machen.

In der Nacht zum Dienstag versuchte eine große Menschenmenge, den Justizpalast, in dem sich auch das Untersuchungsgefängnis befindet, zu stürmen. Der Justizpalast wurde aber von Soldaten so tapfer verteidigt, daß die Menge nach mehrstündigem Kampf wieder abziehen mußte. Auch ein Versuch der Menge, sich des Elektrizitätswerkes zu bemächtigen, scheiterte an dem Widerstand der Bewachungsmannschaften. Bei den Kämpfen gab es auf beiden Seiten Tote und Verwundete.

Nachts überfiel ein bewaffneter Haufe die Getreidespeicher im Sösefeld und plünderte sie teilweise aus. Es fanden stundenlange Schießereien statt. Ein Aufruf auf den Justizpalast wurde durch Maschinengewehrsfeuer abgeschlagen. Die Zahl der Opfer ist unbekannt.

Der Wert der aus dem Speicher des städtischen Lebensmittelamtes geraubten Waren beläuft sich auf weit über 700000 Mark. Die Bevölkerung wird durch diesen Raub empfindlich betroffen, da diese Lebensmittelmengen zu einer erheblichen Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Stadt bestimmt waren. Auch die Schuppen des amerikanischen Roten Kreuzes, in denen Lebensmittel für die Gefangenen lagerten, wurden ausgeplündert. Infolge dieser Ausschreitungen hat der Exekutivausschuß den Belagerungszustand über Magdeburg verhängt, ehe von der Reichsregierung die entsprechende Weisung kam. Der überwiegende Teil der Garnison hat sich bei den Zwischenfällen als regierungstreuen erwiesen.

In allen großen Industriebetrieben ruht heute die Arbeit. Die Straßenbahn wurde neuerdings gezwungen, den Verkehr einzustellen.

Eine Geheimabkündigung der Arbeiterschaft der größeren Betriebe ergab eine Dreiviertel-Mehrheit gegen den Streik.

Der stellvertretende Polizeipräsident Vater, einer der Führer der Unabhängigen, ist unter dem dringenden Verdachte, an den gegenrevolutionären Vorgängen beteiligt zu sein, seiner Funktion entbunden worden.

In der letzten Nacht ist es hier zu neuen blutigen Zusammenstößen gekommen. Eine große Menschenmenge versuchte, das Gebäude der „Volksstimme“ zu stürmen. Mit den das Gebäude verteidigenden Truppen kam es zu Kämpfen, wobei ein Toter und mehrere Verwundete zu beklagen waren. Auch vor dem Hauptpostamt kam es zu Schießereien. Der Anmarsch der Regierungstruppen hat heute morgen 5 Uhr begonnen. Die Truppen sind ohne ernstlichen Widerstand bis in das Zentrum der Stadt vorgebracht und haben die Hauptstraßen besetzt. Unter ihrem Schutz ist der Verkehr der Straßenbahnen wieder aufgenommen worden. Die Streikenden wollen jedoch den Ausstand fortsetzen, bis Braudes freigelassen ist.

Streik im Vogtlande.

vb. Zwidau, 9. April. (Draht.)

Sämtliche Arbeiter der Industrie Zwidaus, einschl. der Hüttenwerke etwa 12000, haben die Arbeit niedergelagt. Seit gestern nachmittags sind auch die Arbeiter des Ludowig-Deßnitzer Kohlenreviers in den Streik getreten. Die Streikenden haben 10 Forderungen aufgestellt und verlangen u. a.: die siebenstündige Arbeitszeit, völlige Auszahlung der Entschädigungsgelder, Befreiung der bestehenden Regierung, sozialistische Führung der Bergwerke durch Einsetzung der Betriebsräte und sofortige Anweisung von reichlichen und billigen Lebensmitteln.

Der Streik im Ruhrrevier.

Regierungstruppen in Essen und Bochum.

Die Streiklage ist im Wesentlichen unverändert. Die Zahl der Ausständigen soll im Essener Bezirk noch etwas, von 267 301 auf 288 692 anwachsen sein. Eine Mitteilung der Zentralkriegskommission gibt dagegen die Zahl der Ausständigen mit 395 700 Mann an.

Am Dienstag vormittags rückten Regierungstruppen in Essen ein. Dabei gab es einen Zwischenfall. Die Menge wollte einen Bagagewagen plündern, was die Soldaten mit Handgranaten hinderten. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Zivilisten getötet und mehrere verwundet. Gas und Elektrizität sind gesperrt. Der Straßenbahnverkehr ruht. Am Dienstag nachmittags ist über Essen der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

In Bochum erfolgte der Einzug der Regierungstruppen in der Nacht zum Dienstag. Nach Bochum sollen 4000 Mann kommen. Die wirtschaftliche Lage im ganzen Ruhrrevier wird infolge des Streikes immer trostloser. Die Lebensmittelversorgung scheint ganz ins Stocken zu geraten. Die Gruben sind infolge des mehrwöchentlichen Streiks schon heute in einer Verfassung, daß selbst nach Beendigung des Ausstandes die Arbeit nicht gleich wieder aufgenommen werden kann. Stellen die Streikenden aber, wie angedroht, am Donnerstag auch die Notstandsarbeiten ein, dann dürften die Gruben sehr großen, nicht gleich wieder gutzumachenden Schaden erleiden.

Fortdauer des Generalstreiks in Düsseldorf.

Die Düsseldorfer Arbeiterschaft hat sich am Dienstag in geheimer Abstimmung in den einzelnen Betrieben mit überwiegender Mehrheit für Fortsetzung des vollständigen Generalstreiks entschieden. Sämtliche Arbeiter des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes haben am Nachmittag ebenfalls die Arbeit eingestellt. Um 3 Uhr wurde über Düsseldorf der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Wiederaufnahme der Arbeit in Stuttgart.

vb. Stuttgart, 9. April. (Draht.)

Nach amtlichem Bericht vom 8. April herrscht in Stuttgart völlige Ruhe. Die Arbeit ist in den meisten Betrieben wieder aufgenommen worden.

Krawalle in Hamburg.

Sturm der Menge auf die Fischvorräte.

Hamburg, 8. April.

Heute vormittag kam es auf dem Altonaer Fischmarkt zu größeren Krawallen. Eine Menschenmenge versuchte die Fischauktionshalle zu stürmen und die dort vorhandenen Fische zu rauben. Die Händler wurden an der Abfuhr der Fische verhindert, die Wagen umgeworfen und die Körbe und Kisten geplündert. Angestellte und Arbeiter in den Fischhallen wurden mißhandelt. Erst einem größeren Aufgebot von Polizeibeamten und Sicherheitsmannschaften, die von der Schutzwaffe Gebrauch machten und Schreckschüsse abgaben, gelang es, den Markt zu säubern. Mehrere Personen wurden verhaftet. Selbst in die Geschäftsräume der Fischverhandelsstände sind die Leute eingedrungen, um nach Fischen zu suchen.

Eisenbahnerstreik in Danzig.

wb. Danzig, 8. April.

Die aus 2000 Arbeitern bestehende Arbeiterschaft der Eisenbahnhauptwerkstätte beschloß, in den Ausstand zu treten, da die Forderung auf Gewährung einer Teuerungszulage von 300 Mark und Ausdehnung des Erholungsurlaubs mit der Beurlaubung abgelehnt worden war, daß diese Teuerungszulage nicht nur den Danziger Arbeitern gewährt werden könne, und es unmöglich sei, sie der gesamten deutschen Eisenbahnarbeiterschaft zu geben.

Abends wurde der gesamte Vorort- und Fernverkehr von Danzig aus eingestellt.

Der zweite Rätekongreß.

wb. Berlin, 8. April.

Der zweite Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands beschloß nach Annahme der provisorischen Geschäftsordnung die Abwendung eines Begrüßungstelegrammes an das ungarische Proletariat. Sodann wurde ein Antrag Dr. Rosenfeld (Unabh. Soz.), die Mitglieder des Kongresses für immun zu erklären, zum Beschluß erhoben. Ein zweiter Antrag Dr. Rosenfeld auf sofortige Entlassung Ledebours aus der Untersuchungshaft wurde mit 109 gegen 82 Stimmen angenommen.

Hierauf erhielt Leinert zum Bericht des Zentralrates das Wort, wobei er bei der Schilderung der Art, wie die Unabhängigen den geistigen Kampf gegen die heutige sozialdemokratische Regierung führen zu müssen glauben, andauernd stärksten und zeitweise unumkehrlichen Widerspruch erweckte.

Die Konstituierung des Kongresses hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Hauschild-Kassel (Soz.), stellv. Vorsitzender Richard Müller (Unabhängiger), Schröder-München (Soldatenfraktion), dazu treten acht Schriftführer. Der Kongreß zählt 243 Mitglieder, davon Sozialdemokraten 138, Unabhängige 85, zu denen noch 9 Oesterreicher kommen, Soldatenfraktion 21, Demokraten 12, Bauernbund 3, Rechtsbürgerliche 3, Kommunisten 1, parteilos 1.

Zu dem Bericht des Zentralrates liegen etwa zehn Anträge vor, die mit erörtert werden, darunter ein Antrag der U. S. P. auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Groß-Berlin. Ein Antrag der Soldatenfraktion nimmt die sieben Hamburger Punkte wieder auf, betreffend die Kommandogewalt, die Rang- und Gradzeichen und Orden und Ehrenzeichen. Ein zweiter Antrag derselben Fraktion ist auf die Einsetzung eines Reichsoldatenrates gerichtet, der dem Reichswehrminister koordiniert sein soll. Ueber die geschäftliche Behandlung dieser Anträge sollen die Fraktionen sich noch verständigen.

In der allgemeinen Erörterung kommt als erster Redner der Unabhängige Richard Müller zum Wort, der dem Zentralrat und seiner Tätigkeit seit dem 20. Dezember ein Mißtrauensvotum in schärfster Form erteilt, weil er die 7 Hamburger Punkte gänzlich habe unter den Tisch fallen lassen und in der Frage der Sozialisierung völlig verfaßt habe. Deutschland habe jetzt politisch und wirtschaftlich die Anarchie. Dafür trage der Zentralrat ein ant Teil Schuld. In den ersten Märztagen beim Ausbruch des Generalstreiks wurden die blutigen Straßenkämpfe nicht durch Spartakus, sondern durch Mißverständnis zwischen der freiwilligen und republikanischen Soldatenwehr herbeigeführt. Das sei historische Tatsache.

Der Mehrheitssozialist Kallist meint, ein Schimpf für das deutsche Volk sei es, deutschen Boden ohne Not preiszugeben, und ohne Not sei deutscher Boden preisgegeben worden. (Beif. Beifall auf beiden Seiten.) Helfen könnte nur ein Volksherr auf dem Boden der allgemeinen Dienstpflicht und mit einem zuverlässigen Offizierkorps, sonst sei das deutsche Volk verloren. Komme der Zusammenbruch, so tragen die unabhängigen Sozialisten den größten Teil der Schuld. Unabhängige Sozialisten und Kommunisten hätten von dem wahrhaft revolutionären Geist keinen Hauch verspürt. Wenn sie sich einfach auf

Kritik und Auflage zurückzögen, wenn man die Wirtschaft planmäßig durch sinnlose Streiks ruinieren, dann trage man dazu bei, das Volk dem Hungertode zu überantworten. (Stürm. Beifall u. d. Mehrheitssoz.) Die allgemeine Demoralisation hat auch das Proletariat ergriffen. Die erste Vorbedingung sei die Wiederbelebung der landwirtschaftlichen Erzeugung, sonst sei Deutschland verloren. Dazu sei erforderlich, 1½ Millionen Arbeiter aus den Städten aufs Land zu schaffen. Dagegen mache die U. S. P. D. Front unter ganz unsozialistischer Berufung auf die Freizügigkeit. Die Volkswissen hätten in Rußland eingesehen, daß sie der Industrie nicht Herr werden könnten, daher hätten sie zum Terror gegriffen, und das Resultat sei der Ruin gewesen. Die bayerische Arbeiterregierung sei eine Groteske, die man eben nur nach München verlegen könne. In der auswärtigen Politik sei ein Völkerverbund anzustreben, der diesem Namen entspreche. Der Wilsonsche Völkerverbund sei unsozialistisch. Wir wollen nicht untergehen, wir wollen einen sozialistischen Bau errichten auf dem Boden der Demokratie, schloß der Redner unter tosendem Beifall der Mehrheit.

Um 1/7 Uhr erfolgte Vertagung auf Mittwoch früh 9 Uhr.

Das Schuldkonto des ehemal. Polizeipräsidenten Eichhorn

Die Untersuchung der Berliner Unruhen.

Im Untersuchungs-Ausschuß der preussischen Landesversammlung über die Berliner Unruhen wurde Dienstag über die Entstehung dieser Unruhen eingehend beraten.

Der Minister des Innern Heine und Regierungsrat Dr. Dove erstatteten Bericht über die von der Regierung getroffenen Feststellungen. Insbesondere machte Dr. Dove eingehende Mitteilungen über die Tätigkeit des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn. Die von Eichhorn aufgestellte Sicherheitswehr habe in den Polizeirevierern und im Polizeipräsidium gehaust wie die Schweine. Ueber viele 100 000 Mark fehlen Belege. Eichhorn selbst hat in einem Falle 5100 Mark, in einem anderen Falle 1625 Mark für sich persönlich unterschlagen. Die Sammlung und Austellung von Waffen hat Eichhorn bereits am 11. November 1918 begonnen. Allen von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik sind Waffen im Werte von 400 000 Mark erpreßt worden. Eichhorn hat ferner unter Benützung eines Sauerstoffablasses versucht, die Hauptkammer des Polizeipräsidiums zu verhauben. Der Versuch ist ihm aber nicht gelungen. Vom Magistrat Berlin hat Eichhorn viele Zentner feinsten Auszugsmedes erpreßt, um davon Torten für seine Leibwache backen zu lassen. Im Polizeipräsidium wurde in den von Eichhorn und seinen Trabanten besetzt gehaltenen Räumen eine Banknotenpresse gefunden, die zur Bemütuung fertigestellt war.

Der Minister des Innern, Heine, wies in einer allgemeinen politischen Uebersicht nach, daß die Unruhen vom 5. Januar planmäßig organisiert waren, und daß nach einem einseitigen Plan an verschiedenen Stellen der Stadt gleichzeitig losgeschlagen wurde.

Abg. Reid (U. S.) gab zu, daß die Zustände unter Eichhorn ganz unerträglich geworden waren.

Auf eine Anfrage teilte Regierungsrat Dr. Dove mit, daß bei den Januarunruhen 196 und bei den Unruhen im März 1175 Personen getötet worden sind. Darunter befanden sich ein Regiment Soldaten.

Womit sollen wir zahlen?

Die ersten in Deutschland eingetroffenen Lebensmittelschiffe der Entente haben, wie eine sozialistische Korrespondenz meldet, mit Ballast wieder ausfahren müssen, weil in Deutschland nicht einmal so viel Waren zur Ausfuhr zusammenzubringen waren, daß die paar Lebensmittelschiffe damit hätten befrachtet werden können. Wie der Vorwärts feststellt, könnten wir für die Lebensmittelschiffe nicht einmal anständig Kohlen zur Wiederauffüllung der Dampfer zur Stelle schaffen.

Die Bezahlung der Lebensmittel.

Verhandlungen mit den Neutralen.

wb. Amsterdam, 8. April.

Wie der Telegraf aus Paris meldet, hat Deutschland als Grund für die Unmöglichkeit, weitere Lebensmittelverbindungen mit Gold zu bezahlen, u. a. den Umstand angeben, daß es keinen Ausfuhrhandel treiben kann. Um die deutschen Mittelungen zu prüfen, haben die Alliierten für den 7. April eine Konferenz mit den wichtigsten neutralen Bankiers einberufen. Die darüber Bericht erstatten soll, wie viel Deutschland den Neutralen bezahlen muß und warum die Banken sich weigern, länger Kredit zu gewähren.

Wilson drängt zum Abschluß.

wb. Paris, 9. April.

Die Abfahrt des Dampfers, der den Präsidenten Wilson nach Amerika zurückholen soll und der aus Newyork am 14. April abfahren sollte, ist nunmehr auf den 11. April festgesetzt worden. Der amerikanische Friedensdelegierte hat erklärt, daß Wilson durch seine beschleunigte Abreise die Friedenskonferenz zwingen will, entweder sofort unter den bereits angenommenen Bedingungen Frieden zu schließen oder zu erleben, daß Amerika sich auf seine eigene Politik zurückziehen werde.

Neue Unstimmigkeiten.

Der „Matin“ gesteht zu, daß innerhalb des Alliiertenrates der bisher unüberbrückbare Gegensatz zwischen der französischen und der angelsächsischen Auffassung weiter fortbesteht und den Abschluß der Verhandlungen bis Ostern zweifelhaft macht.

Das Saarbecken deutsch.

Di. Times vom 5. d. M. teilt in einem Leitartikel mit, daß die Frage der französischen Okkupation dahin entschieden sei, daß das links Rheinischer deutsch bleibe, dafür aber ein breiter Grenzschutz- und rechtsrheinisch ständig unbewaffnet sein müsse. Auch Saarbrücken sollte deutsch bleiben und den Franzosen lediglich der Reingewinn aus dem Betrieb der dortigen Kohlengruben überwiesen werden.

Deutschland im Völkerverbund.

Aus dem amerikanischen Pressebüro erfahren die Pariser Zeitungen, daß die bisherige hartnäckige Weigerung der Entente, Deutschland ebenfalls in den Völkerverbund aufzunehmen, nunmehr endgültig befähigt ist. Sowohl England wie Frankreich teilen jetzt die amerikanische Auffassung, daß Deutschland ein gleichberechtigtes Mitglied im Völkerverbund sein müsse.

Schlesischer Heeresbericht.

* Breslau, 8. April.

Polnisches Einzelschiff auf Abzug, sonst keine besonderen Ereignisse. Generalkommando des 6. Armeekorps.

Der Durchzug der Polen.

Unterredung mit Erzberger.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der Deutschen Allg. Zeitung sagte Reichsminister Erzberger über die letzten Verhandlungen in Spaan wegen der Landungsfrage polnischer Truppen in Danzig u. a.:

Meine Auffassung ist die, daß die gewaltige Bewegung im deutschen Volk ihren Eindruck auf die Entente nicht verfehlt hat. Ich glaube sagen zu können, daß dies das erste Mal ist, daß die Entente nach dem Kriege den nationalen Willen der Deutschen respektiert hat. Freilich sprechen dabei noch andere reale Gründe mit. Die Entente glaubt, den Dogen nicht mehr alles zu sehr überspannen zu dürfen. Der Bolschewismus fängt auch den Franzosen an begreiflich zu werden. Aber alle diese Gründe hätten nicht genügt, die Entente zum Verzicht auf die Landung in Danzig zu bringen, wenn sie sich nicht dem einmütigen deutschen Volkswillen gegenüber ergeben hätte. Obwohl Marschall Foch an der Rechtsarmutslage, daß die Alliierten eine Landung in Danzig verlangen könnten, noch festhält, bin ich davon überzeugt, daß dies Deutschland gleichgültig sein kann. Marschall Foch wird an der getrockneten Lössma lokal festhalten, die polnische Landungsgefahr für Danzig, für den Osten, für ganz Deutschland ist vorüber. In Deutschland können wir ein anderes tun, wenn wir dafür sorgen, daß die Transporte glatt vonstatten gehen. Unruhen und Streiks, durch die die Transporte gefährdet werden, machen die polnische Landung in Danzig wieder an die Wand. Wir haben alles Interesse daran, daß die Transporte möglichst schnell vor sich gehen.

Uebrigens wird, wie ein Pariser Telegramm meldet, der Abtransport der Polen, rund 50 000 Mann, am 15. April beginnen.

Kleine Nachrichten.

Die Schiffsahrtsgesellschaften „Deutscher Lloyd“ und „Aukro-Americana“ in Triest werden von einer Malländer Bank zu einer Aktiengesellschaft mit dem Sitze in Rom vereinigt werden.

Genf, Sitz des Völkerverbundes. Nach einem Pariser Telegramm ist Genf endgültig als Sitz des Völkerverbundes bestimmt worden.

Gemäß der polnisch-französischen Militärkonvention ist Frankreich verpflichtet, zwei Jahren die polnische Armee nach französischem Muster auszubilden. In diesem Zwecke werden alsbald 1200 französische Offiziere mit der Instruktion beginnen.

Bolschewistenpropaganda in Schweden. Die schwedische Geheimpolizei hat vor einigen Tagen in Stockholm ein bolschewistisches Waffenlager beschlagnahmt. Die Waffen stammten offenbar von dem früheren Vertreter der russischen Sowjetregierung in Stockholm.

Deutsches Reich.

— Was deutsch ist, muß deutsch bleiben! Eine große Kundgebung für die Einheit Deutschlands und gegen einen Gewaltfrieden veranstaltete in Hamburg die Deutsche demokratische Partei. In längeren glänzenden Ausführungen behandelte Abgeordneter Dr. Ullrich diese jetzt das ganze deutsche Volk beherrschende Frage. Er gab zunächst eine eindrucksvolle Darstellung der Gründe des Zusammenbruchs, als die er die Ueberspannung des militaristischen und bürokratischen Gedankens bezeichnete, die den Boden für die Revolution geschaffen habe, wandte sich dann scharf gegen das Treiben der Leute, die sich ehemals an Forderungen gegen unsere Feinde nicht genug tun konnten und erörterte sodann die Aussichten des bevorstehenden Friedensschlusses. Im Waffenstillstandsvertrage hätten sich die Regierung und ihre Organe nichts verzeihen; jetzt würden Regierung und Nationalversammlung dafür kämpfen, daß alles, was deutsch sei, auch deutsch bleibe. Wenn wir auch gerecht sein wollten, so dürften wir doch nicht verkennen, daß auch die Feinde eine unauslöschliche Schuld an diesem Kriege hätten. Den Wiederaufbau des Reiches müßten wir vornehmen in dem Glauben an die Größe Deutschlands, die auch in ernsterer Zeit nicht schwinden werde. Auf dem Boden der Demokratie solle das neue Haus stehen, und Gerechtigkeit solle immer unser Streben sein. Im Anschluß an die Botschaft vom stürmischen Beifall unterbrochenen Darlegungen vertrat noch der ehemalige Reichstagsabgeordnete Hoff den Standpunkt der schleswig-holsteinischen Bevölkerung. Er wandte sich gegen die Gelüste, das Land zu vergewaltigen oder es vom Reich abzutrennen. Auch jetzt müsse das Schicksal des Landes unter dem alten Verträge behandelt werden, der bestimmt, daß es „ewig ungedeckt“ sein solle. Sonst werde ihm die Wurzel seiner Kraft entzogen. Nach einem wiederum mit stürmischen Beifall aufgenommenen Schlusssatz von Dr. Ullrich sank eine Entschliebung, die gegen die Abtrennung deutschen Bodens vom Mutterlande flammenden Protest erhebt, einstimmige Annahme.

— Die britische Militärbehörde legte der Stadt Solingen 25 000 Mark Geldstrafe auf, weil vor einigen Tagen ein Angriff auf einen britischen Offizier auf offener Straße verübt wurde.

— Die Verbannung der Habsburger. In den nächsten Tagen wird ein Separatrat die noch in Deutsch-Oesterreich weilenden Erzherzöge und ihre Familien von Wien nach der Schweiz bringen.

— Der Nationalversammlung ist vom Reichsminister der Justiz, Landsberg, ein Verzeichnis der vom Rat der Volksbeauftragten oder der Reichsregierung erlassenen und verkündeten Verordnungen, sowie Reichsminister Bauer eine Denkschrift über die seit dem 9. November 1918 auf dem Gebiete der Sozialpolitik erlassenen Gesetze und sonstigen wichtigeren Maßnahmen ausgegangen.

— Da die Postsperrung für Südwestafrika vor einiger Zeit aufgehoben worden ist, besteht nunmehr für die in Deutschland lebenden Angehörigen der Südwestafrikaner die Möglichkeit, mit ihnen in briefliche Verbindung zu treten.

— Die Schließung der Berliner Lugschaffpforten. Der Interessenverband des Gastgewerbes und verwandter Betriebe hat erreicht, daß die Schließung der Lugschaffpforten bis zum 30. April verlagert wird und daß ein besonderer Ausschuss bis dahin die Auswahl der tatsächlich zu schließenden Betriebe endgültig festlegen soll.

— Der Danbeamten-Streit. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten fordert die Bankbeamten im Reich auf, die Arbeit am 10. April niederzulegen, wenn nicht bis dahin vor dem Reichsarbeitsamt seitens des Verbandes Berliner Bankleitungen die Verhandlungen auf Grund des vorliegenden Einheitsstarifes aufgenommen werden. Die Angehörigen der Berliner Großbanken seien bereits in den Streit getreten.

— Die Zulassung der Frauen zur Börse ist von der Demokratischen Partei Hamburgs beantragt worden mit der Begründung, daß nach der Gewährung aller staatsbürgerlichen Rechte an die Frauen ihnen der Zutritt zur Börse nicht mehr verweigert werden dürfe. Börsenvorstand und Handelskammer werden demnächst zu der Anregung Stellung nehmen.

— Der Malfeiertag. Die sozialistische Fraktion der Nationalversammlung hat am Dienstagabend beschlossen, dafür einzutreten, daß der 1. Mai 1919 als Nationalfeiertag anerkannt und als Forderung am 1. Mai angenommen wird; Heimsendung der noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen und Entlassung aller deutschen und sonstigen Kriegsgefangenen in den Ländern der Entente.

— Die Sommerzeit. Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf über die Einführung der Sommerzeit zugegangen. Danach soll die Sommerzeit am 28. April 1919 vormittags 2 Uhr nach der gegenwärtigen Zeitrechnung beginnen und am 16. September 1919 vormittags 3 Uhr enden.

Aus Stadt und Provinz.

Ostschöberg, 10. April 1919.

Wettervoraussage

der Wetterdienststelle Breslau für Donnerstag:
Veränderlich, windig, kühl, streichweise Regenschauer.

Die Verpflegung der Grenzschutztruppen

hat, wie unseren Lesern aus den Verhandlungen des Volksausschusses bekannt ist, vielfach Unwillen erweckt. Man klagt darüber, daß die Schutztruppen, die allerdings schon seit langem auch nicht eine Kartoffel mehr geliefert bekommen haben, erheblich mehr an Brot, Fleisch und Fett als die Zivilbevölkerung erhalten. Vor allem aber beschwert man sich darüber, daß die Truppen von der ihnen in ihren Unterkunftsorten auf dem Lande gewohnten Gelegenheit, Eier, Butter, Quark, Kartoffeln und dergleichen aufzukaufen, etwas sehr reichlich Gebrauch machen und damit die Ernährung der Zivilbevölkerung noch weiter erschweren. Diese Klagen sind erfreulicherweise nicht ungehört verblieben. Die Brigade hat, wie wir erfahren, die Angehörigen der Truppen durch Offiziere und Soldatenräte eingehend über die gewaltigen Ernährungsschwierigkeiten für die Zivilbevölkerung aufklären und dabei unter Hinweis auf die großen Unterschiede, die zwischen den Zivil- und Grenzschutz-Stationen bestehen, auf das Dringendste ermahnen lassen, Lebensmittelankäufe in den Dörfern unter allen Umständen zu unterlassen, damit die von den Truppen besetzten Orte wieder ihre Pflichten gegen die erwerbstätige Bevölkerung zu erfüllen in die Lage versetzt werden. Wie wir weiter hören, ist auch die Anregung des Volksausschusses, die heute drei Pfund betragende Fleisch- und Wochendotation der Schutztruppen um ein Pfund zu Gunsten der Zivilbevölkerung zu kürzen, bei den Truppen auf erfreuliches einverständnis getroffen, so daß aller Voraussicht nach mit der Durchführung des Vorschlages und also mit einer kleinen Fleischverbesserung für einen Teil der Bevölkerung zu rechnen sein wird.

Die Breslauer Mäde.

Sämtliche Breslauer Soldatenräte nahmen am Dienstag folgende Entschlüsse an:

Die Soldatenräte der Garnison Breslau, einschließlich der Sicherheits- und Posttruppen erklären hiermit, daß sie sich bewußt der großen Verantwortung, die auf ihnen ruht, im politischen und wirtschaftlichen Ringen der verschiedenen Parteien und Organisations neutral verhalten wollen. Sie haben bisher den Standpunkt eingenommen, daß sie lediglich für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, für den Schutz von Leben und Freiheit des Einzelnen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit oder der Gesellschaftsklassen einzutreten haben. Wie sich auch die Verhältnisse in Breslau gestalten mögen, sind sie fest entschlossen, auf demselben Wege weiter wie bisher zu gehen und sich dem demokratischen Prinzip, daß die Mehrheit des Volkes bestimmt ist, unterzuordnen. Sie werden sich von keiner Seite, weder von rechts noch von links, zu einer Verneinung der Mehrheit durch eine Minderheit benutzen lassen, werden aber fest entschlossen auch jede Verneinung einer Minderheit, soweit diese auf dem Boden geschwähter Ordnung steht, bekämpfen. Das oberste Gebot der Stunde für uns lautet: Ruhe und Brot! Arbeit und Ruhe! Freiheit und Ordnung!

In einem Schlichte zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten kam es, als Herr Weigl die Soldatenräte, soweit sie parteipolitisch einverstanden wären, aufforderte, dafür zu sorgen, daß bei der Rassenkundgebung gegen eine Minderheitsdiktatur von rechts und links, die von der Breslauer Sozialdemokratie für Sonntag auf dem Schloßplatz geplant ist, eine möglichst zahlreiche Teilnahme auch der Soldaten stattfindet. Von sechs Tribünen herab werden Breslauer Abgeordnete zu den Massen sprechen.

Der neue Oberpräsident Felix Philipp

aus Breslau hat am 8. April sein Amt übernommen.

Herr Philipp ist 61 Jahre alt, er ist in Ostschöberg geboren und war Metallarbeiter. Als solcher ist er in verschiedenen größeren Betrieben sowohl im Ostschöberger Tal als auch in Breslau tätig gewesen. Später wurde Herr Philipp, der wegen Verwundung der rechten Hand mit der linken schreibt, Gewerkschaftssekretär des Metallarbeiter-Verbandes. Seit 8 1/2 Jahren gehört er der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung an, in welche er bei den Kommunalen am 2. März wiederum gewählt worden ist. Für das Ansehen, welches er bereits vor der Revolution in seiner politischen Partei — er ist Mehrheitssozialist — genoss, ist es bezeichnend, daß er am Revolutionstage zum Vorsitzenden des

damals aus den beiden städtischen Körperschaften heraus unter Einziehung von Vertretern der politischen Parteien gebildeten Breslauer Volkstags gewählt wurde. In der Leitung der Volkstagsitzungen hat er sich, wie die Schles. Aig. zugestehet, der Objektivität befleißigt und für Ruhe und Sachlichkeit bei den Beratungen gesorgt.

Zur Nachahmung empfohlen.

Gegen den Clerwucher, der sofort nach Freigabe der Eier eingelebt hat, greift der Landrat des Kreises Jauer sofort ein. Entgegen der vielfach verbreiteten Ansicht, daß mit dem Aufhören der Eierbewirtschaftung auch die Verordnung über Höchstpreise und Ausfuhr aufgehoben worden sei, weist er in einer Bekanntmachung darauf hin, daß die Höchstpreise für das Ei 30 Pfa. nicht überschritten werden dürfen und daß die Ausfuhr von Eiern aus dem Kreise ohne seine Genehmigung verboten ist. Ueberschreitungen der Höchstpreise werden als Kriesswucher angesehen und streng bestraft.

ap. (Die Generalforderungen der Bergleute.) In Waldenburg besetzte sich eine von 400 Vertrauensmännern der Bergleute aller Parteirichtungen besetzte Zusammenkunft mit den Verhandlungen, die mit dem Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens geführt worden sind. Es wurden nach langdauernden lebhaften Aussprachen eine Reihe bestimmter Forderungen aufgestellt und zwar wird verlangt die Einführung von Betriebsräten, die Errichtung einer Arbeitskammer für das niederschlesische Industriegebiet, die sofortige Ausfuhr an die Reichsregierung, durch Gesetz eine angemessene Verabfolgung der Preise für alle Gebrauchsgegenstände anzuordnen und gegen jede Ueberschreitung der festgesetzten Höchstpreise mit den schärfsten Mitteln vorzugehen. Weiter wird gefordert, den Zwischenhandel bei Verteilung der rationierten Lebensmittel aufzulösen und die erzielten Ueberschüsse dem Staate zu überweisen, sowie das niederschlesische Gebiet in der Belieferung gegen andere Bezirke nicht zurückzusetzen. Bemerkenswert ist weiter die Forderung, daß alle Wälder im Kreise Waldenburg zu schließen sind und nur wirklich franke und erholungsbedürftige Personen Aufnahme finden dürfen, bei denen der Kreisarzt das vorzunehmende Attest des Arztes zu beantragen hat. Sirena gefaßt sind auch die Forderungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Es wurde festgelegt, daß die Erhöhung des Mietzinses für Wohnungen zu untersagen ist, die Inhaber größerer Wohnungen und Besitzer von Villen und Logierhäusern haben Zimmer abzutreten. Endlich wird noch verlangt, den Bergarbeitern einen Erholungsurlaub unter Fortzahlung des vollen Lohnes zu gewähren und die Dauer der Ferien nach den Grundsätzen zu richten, wie diese bei Staatsbeamten vorsehen sind.

* (Zuckerangel und Marmelade.) Rudermana macht, wie bereits gemeldet, die programmatische Durchführung der Versorgung mit Marmelade, trotz ausreichender Vorräte an Rohmaterial in den Marmeladenfabriken, unmöglich. Wie die Reichsliste für Gemüse und Obst mittelst wird jedoch nicht die Marmeladenbelieferung gänzlich eingestrichelt. Vielmehr ist Vorfrage getroffen, daß die zur Verteilung gelangenden Rationen nur verteilt werden, so daß immerhin bestimmte Ansprüche besteht, bis zum Monat Juli des Jahres Marmelade, wenn auch in bescheidenen Mengen, zum Brotaufschlag an die Bevölkerung verteilen zu können.

* (Die Kohlenversorgung) betrifft eine Bekanntmachung des Magistrats in der vorliegenden Nummer.

* (Beschlagnahmen) sind: Torffasern, Web-, Trikot-, Woll- und Strickgarne, Schafwolle, Kamelhaare, Mohair, Alpaka, Kaschmir, sowie deren Halberzeugnisse und Abgänge, die Schafschur und das Wollgefälle bei den Deutschen Gerbereien, rohe Menschenhaare. Befandserhebung ist angeordnet über tierische und pflanzliche Spinnsstoffe (Wolle, Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute) und daraus hergestellte Garne und Seilsäden. Die Bestimmungen können bei den Ortsbehörden eingesehen werden.

* (Hans Köhler kommt.) Unser heimatischer Schriftsteller Hans Köhler wird am Sonntag, den 13. April, im Hotel „Drei Berge“ einen Vortrag in schlesischer Mundart halten. Köhler ist einer der bekanntesten unter den jüngeren schlesischen Dialektbildnern. Seine Vortragabende erfreuen sich allenthalben großer Beliebtheit.

d. (Diebstahl.) Montag nachmittag gegen 3 Uhr wurde von einem Handleitwagen ein Paket mit Kleidungsstücken im Werte von mehreren 100 Mk. zwischen Bahn- und Oberbrücke verloren. Es ist bemerkt worden, daß ein 10 bis 12jähriger Junge das Paket aufgehoben hat und damit aber die Linienstraße entflohen ist. Um zweckdienliche Angaben über den Knaben bittet der Amtsvorstand in Straupitz.

* (Von dem Friedensschluß von Brest-Litowsk) sind in dieser Woche höchst interessante Aufnahmen im Weltpanorama ausgestellt, die zugleich von dieser einig so seltenen russischen Zeitung ein schändliches Bild geben.

* (Der Vaterländische Frauenverein) sammelt jetzt seine Mitgliederbeiträge ein und bittet herzlich, die Beiträge recht reichlich zu spenden. In jetziger Zeit ist es für den Verein besonders schwer, bei den erhöhten Kosten seine segensreichen Einrichtungen, vor allem die Milchküche und Sänglingsfürsorge, aufrecht zu erhalten, und er ist daher mehr als je auf die tatkräftige Hilfe seiner Mitglieder angewiesen. Anmeldungen zum Beitritt nehmen alle Vorstandsdamen entgegen; der Mitgliederbeitrag ist 1 Mark.

* (Hirschberger Stadttheater.) Heute Donnerstag wird zum dritten und letzten Male die Operette „Der lahende Chemann“ gegeben. Am Freitag kommt zum zweiten Male das Bernhard Wilmische Schauspiel „Streußelkuchen“ mit Fräulein Adolphine Weimar und Herrn Konrad Berlin als Gäste zur Aufführung.

* (Fahrpreisermäßigung für Besucher der Leipziger Messe.) Besucher der Leipziger Frühjahrsmesse erhalten, wenn sie eine Strecke über 200 Kilometer zurücklegen, auf den preussischen Staatsbahnen eine Ermäßigung von 50 %.

* (Die Osterferien) haben gestern Mittwoch in allen hiesigen Schulanstalten ihren Anfang genommen. Für die höheren Schulen trat damit zugleich der Schluß des Schuljahres ein. Die Volksschulen begannen das neue Schuljahr bereits am 1. April. Die Aufnahme neuer Schüler zeigt gegen das Vorjahr keinen Rückgang. Donnerstag, den 24. April, nimmt der Unterrichtsbetrieb in allen Schulen, auch in denen der Landgemeinden, wieder seinen Anfang.

d. Hartau, 9. April. (Geflügel- und Kaninchenstahl.) Vorige Woche wurden hier mehrere Ställe erbrochen. Bei einem Besitzer wurden ein altes Kaninchen mitsamt den Jungen, an zwei weiteren Stellen je ein Kaninchen gestohlen. Aus einem andern Grundstück wurden 11 Hühner und ein Hahn gestohlen.

e. Komitz, 9. April. (Einbrüche.) Sonnabend nacht wurden beim Stellenbesitzer Hornig mehrere Sad Getreide gestohlen. Beim Gutbesitzer Heinrich Wende wurde ein Ochs von 7 Jähren und neue Sade gestohlen. In der Neberröhle wurden Arbeitsleuten Kaninchen gestohlen. An mehreren anderen Stellen wurden Lären erbrochen, aber nichts gestohlen.

f. Warmbrunn, 9. April. (Die Beerdigung von Pfarre Kling) am Dienstag gestaltete sich zu einer imposanten Trauerfeier. In der Kirche hielt Pfarrer Thiel-Wischbach die Trauerrede. Das feierliche Requiem geleitete Erzprieester Forche. Im Jungs zum Friedhofe waren Schulen, Vereine, Kirchlche und weltliche Körperschaften, Patron und die katholische Seelsorge zahlreich vertreten. Am Grabe gedachte nochmals Erzprieester Forche des beliebten Seelsorgers und Pastor Kruke widmete ihm im Namen der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde gleichfalls einen riesenpundenen Nachruf.

m. Warmbrunn, 9. April. (Gemeindevertretung.) Am Dienstag kam zunächst ein Dringlichkeitsantrag wegen der Gierdewirtschaftung zur Erledigung. An den Landrat wird das Gesuch gerichtet, dahin zu wirken, daß die Zwangsabwirtschaftung in der Gierdewirtschaft wieder eingeführt wird. Wegen Errichtung eines Mietbeinigungsamtes in Warmbrunn soll ein Gesuch an den Reichskommissar für Wohnungsweisen gerichtet werden. Dem Mietbeinigungsamte werden angehören Regierungsrat Professor Teichgraber bezw. Amtsgerichtsrat Hoffmann, Fremdenheimbesitzer Schmidt, Lehrer Schönfeld bezw. Schneidmüller Kriest und Buchhalter Sabisch. Den Bedingungen wegen Ueberlassung des Grundstücks des Werkenstein-Lager an die Kullner-Stiftung, die 250 000 Mk. beträgt, wurde zugestimmt. Der Gemeinde steht das Wiederkaufrecht mit 135 000 Mk. zu. Auf den Antrag der Glasfabrik Petersdorf auf Ausführung von Abwässern in den Faden soll ein Einspruch dahin geltend gemacht werden, daß eine ziffermäßige Feststellung der Schäden erfolge, die durch Abwässer entstehen. Die Zuwendung eines Sparassensbuches des Hilfsausschusses für ein Kriegerdenkmal wurde angenommen. Eine geheime Sitzung folgte.

h. Warmbrunn, 9. April. (Die Theaterzwangsinnung) von Warmbrunn hielt Montag im Restaurant zur Flotte das Obergericht ab. Beschlossen wurde, dem Verein Handwerker-Erholungsheim mit jährlich 10 Mk. als Mitanteil beizutreten. Mitgeteilt wurde, daß die Handwerkskammer solchen Mitteilern, welche sich der Meisterprüfung unterziehen wollen, dringend empfiehlt, sich vorher gehörig durch Teilnahme an einem Buchführungs-Kursus vorzubereiten. Bei genügender Teilnahme wurde in Aussicht gestellt, in nächster Zeit einen sechs-wöchigen Kursus, an welchem auch Frauen oder Töchter von Meistern teilnehmen können, in Warmbrunn einzurichten. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Kriest als Obermeister, Springer als Stellvertreter, Köstler als Schriftführer und Hänsel als Kassierer. Als Beisitzer bezw. Stellvertreter Kadelbach, Kambach, Seifert und Walter. Zum Schluß fand noch eine lebhafte Aussprache über den Abschlußtag und die Lohnverhältnisse statt.

* Petersdorf, 9. April. (Die Gemeindevertretung) setzte am Sonnabend den Etat auf 12 000 Mark fest; alle Einkommen unter 600 Mark bleiben steuerfrei. Der Weg von der Haltestelle Nieder-Petersdorf bis zur Engischen Fabrik soll erneuert werden. Für ein Familienhaus wurden der Baugenossenschaft 500 Mark

bewilligt. Die Lustbarkeitssteuer wurde einer Kommission übergeben, die Verlosung mit Kartoffeln der Spar- und Darlehnskasse. Alle anässigen Jugendlichen unter 17 Jahren müssen die Fortbildungsschule besuchen. Der Weg bei dem ehemaligen Dytischen Grundstück wird befestigt. Scharf kritisiert wurde das Verhalten der Firma Kosohl gegen ihre Arbeiter. Schließlich erfolgte die Kommissionswahl.

r. Petersdorf, 8. April. (Der Gastwirtsverein Petersdorf und Umgegend) hielt im „Turistenheim“ in Schreibersdorf seine Hauptversammlung ab. Ueber den von der Ortsgruppe Hirschberg vorgelegten Lohnarif, der u. a. das Trinkgeld der Kellner auf 10 Prozent des Rechnungsbetrages festsetzen will, soll mit den anderen Gastwirtsvereinen verhandelt werden. Der Vorsitzende versprach, mit den Behörden über die Lebensmittelversorgung der Fremden zu verhandeln, damit die Geschäfte aufrecht erhalten werden können. Der Sitzung wohnte auch das Ehrenmitglied des Deutschen Gastwirterverbandes, Herr Lasse aus Breslau, bei, der Herr Grenlich, dem langjährigen Vächter der Schneegrubenbaude, als Anerkennung für seine langjährige Tätigkeit als Vorstandsmitglied im Gastwirtsverein das goldene Ehrenzeichen in Eisen des Deutschen Gastwirterverbandes überreichte.

* Schreibersdorf, 9. April. (Demonstration.) Am Sonntag bewegte sich am frühen Nachmittag ein Demonstrationzug vom Belbachtal aus durch die Bahnhofstraße bis zu Königs Hotel, wo Herr Bilg die Abiegung des Gemeindefreiherrn Geisler, Abschaffung der Birgerwehr, gerechtere Lebensmittelverteilung, Gleichstellung der Lebensmittelrationen mit Hirschberg, und strenges Vorgehen gegen den Schleichhandel forderte. Es wurde auch nach dem Lebensmittelbezug der Pensionate gefragt und Einstellung der Kaiserpropaganda gefordert. Gemeindevorsteher Krebs nahm den Gemeindefreiherrn in Schutz und bemerkte, daß die beschlagnahmten Lebensmittel zurückgegeben worden seien. Wie der Schleichhandel wirksam zu bekämpfen sei, dafür sei ein Mittel noch nicht gefunden. Die Lebensmittelfrage sollte durch den Volksauschuss geregelt werden. Die Kaiserpropaganda gebe von den Konserbativen aus, und von der Birgerwehr wisse er nichts. Die Demonstration verlief im Uebrigen rubig.

wp. Löwenberg, 9. April. (Arbeiterrat. — Verschiedenes.) Der Arbeiterrat lehnte am Montag die Bildung einer Einwohnerverehr am hiesigen Ort ab. Er beschloß, einen Antrag an den Regierungspräsidenten zu richten, in welchem ersucht wird, die wöchentliche Buttermenge wieder von 40 auf 50 Gramm zu erhöhen, umso mehr, als erst eine Kürzung der wöchentlichen Kartoffel- und Fleischmenge erfolgt sei. Weiter wurde ein Antrag an die Polizeiverwaltung gerichtet, festzustellen, in welchen Haushaltungen noch Schweine gefüttert werden, und wo die Schweinehalter die Futtermittel hernehmen. Der Landrat soll ersucht werden, ein Ausfuhrverbot für Geflügel und Fleischnfleisch zu erlassen, die bestehenden Ausfuhrverlaufscheine zurückzugeben und neue nicht mehr zu erteilen. Angeregt wurde eine stärkere Kontrolle der Molkereien und die Anstellung mehrerer Kontroleure zur Bekämpfung des Schleichhandels. — Lehrer Bled ist von Ober-Schlesien nach Hohenstein versetzt worden. — Herr Grün verkaufte seinen Gasthof „Am deutschen Kaisertrone“ in Dürrenzenberg an Herrn Tammel in Breslau.

k. Friedeberg a. O., 9. April. (Der Streit des „Herzgebirgsbahn“-Personals) hat am Montag nach heftiger Dauer sein Ende erreicht. Mit Rücksicht auf die Bewohner haben die Streikenden ihren Dienst gestern früh wieder aufgenommen, obwohl noch kein Bescheid der Gesellschaft über die Stellungnahme zu den Forderungen vorliegt. — Der Bahnverkehr bis Heinersdorf a. T. ist seit einigen Tagen wieder aufgenommen.

* Greiffenberg, 9. März. (Industrielles.) Die Schlesiische Blandrunderel Aktiengesellschaft hielt am 4. April ihre Generalversammlung ab, welche nach Voranschlag des Aufsichtsrates eine Dividende von 3½ Prozent festsetzte. Ueber die Aussicht des Unternehmens ließ sich bei der so überaus schwierigen wirtschaftlichen wie politischen Lage gar nichts sagen.

p. Greiffenberg, 9. April. (Verschiedenes.) Zu dem am 19. Mai stattfindenden 25-jährigen Kirchenjubiläum soll eine Festschrift herausgegeben werden. — Als Führer der Einwohnerwehr wurde Rechnungsrat Rimbehl gewählt. Für die Alarmvorrichtung wurden 500 Mark gestiftet. — Fabrikbesitzer Winkler hat für Einbau einer Heizungsanlage in die evangelische Kirche 1000 Mark gestiftet. — Die bisher dem Gastwirt Petia gehörige Scholtstiel in Ober-Wiesa ging für 68 000 Mark in den Besitz des Gastwirts Ludwiga aus Hirschberg über.

xl. Paudeschut, 9. April. (Im Ernährungsausschuss) machte der stellvertretende Landrat Dr. Kiebnitz die Mitteilung, daß der Kreis 400 Doppelzentner amerikanisches Weizenmehl erhalten soll, wovon an die 10 000 Verbraucherberechneten pro Kopf und Woche ein Pfund abzugeben werden soll. Die Futtermenge muß auf 40 Gramm herabgesetzt, der Preis für Vollmilch auf 40 Pfa. das Liter erhöht werden. Der Ernährungsausschuss wurde telegraphisch um Zuweisung von Fett aus den amerikanischen Zufuhren ersucht. Beschlossen wurde ferner, daß keine Milch mehr aus dem hiesigen Kreise ausgeführt werde. Die Freigabe des Eierhandels wurde für verfehlt erklärt. Es wurde in einem Telegramm an Ernährungsminister und Oberpräsidenten

die erneute Bewirtschaftung gefordert. Auf einstimmigen Beschluß wurde von der Regierung telegraphisch die Wiedererwähnung der bisherigen Schwerarbeiterzulagen von wöchentlich 700 Gr. Brot gefordert.

l. Landeshut, 9. April. (Verkäufe.) Verwitwete Frau Schuhmachermeister Simon hat ihr Hausgrundstück an den Fabrikarbeiter Wiser hier verkauft. — Kaufmann Hartich hat sein Hausgrundstück, in dem sich das Viktoriabad befindet an den Bademeister Bernede hier verkauft.

o. Schömburg, 9. April. (Wettwechsel.) Schuhmachermeister Schaufel hat sein Hausgrundstück an den Weber Bürgel hier verkauft. — Landwirt Wittor verkaufte seine Besitzung in Krabbach an den Wirtschaftler Drencin.

r. Schwarzwaldau, Kr. Landeshut, 9. April. (Verkäufe.) Bäckermeister Kreitschmer in Mittelcouradswaldau hat das frühere Engmannsche Bäckereigrundstück hier käuflich erworben. Bergbauer Wettermann in Gaablan das hiesige Heingelische Hausgrundstück.

*** Bollenhain, 9. April. (Landrats Abschied.)** Landrat v. Bösch scheidet aus dem Amte, nachdem auf seinen Antrag der Minister des Innern die Verwaltung des Bollenhainer Landratsamtes einem Kommissar der Regierung vom 1. April ab übertragen hat.

wb. Weichwasser, 9. April. (Glasarbeiterstreik.) Die gesamte Glasarbeiterschaft von Weichwasser hat die Arbeit niedergelegt. Die Ursache des Ausstandes ist in der schlechten Lebensmittelpflichtung des Industriortes zu suchen. Eine Kommission wurde beauftragt, beim Reichs Ernährungsminister und Regierungspräsidenten nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß sofort eine bessere Versorgung eintritt. Die Arbeit soll nicht eher aufgenommen werden, bis die Regierung dem Wunsch der Arbeiter Rechnung trägt. Einige Geschäfte haben geschlossen. Die „Nachrichten für Weichwasser“ wurden zur BetriebsEinstellung gezwungen.

wb. Görlitz, 9. April. (Ehedrama.) In einem Abteil 4. Klasse des von Cottbus morgens hier eintreffenden Personenzuges gab wahrscheinlich im Verlaufe von Streitigkeiten der Müller und Gastwirt Thomas aus Lissa bei Görlitz mehrere Revolver-schüsse auf seine Frau ab, die diese schwer verletzten. Thomas wurde in Haft genommen.

op. Mittelwalde, 8. April. (Neues Bergwerk.) Neu in Betrieb gesetzt wird der Heddi-Schacht unweit des Hauptbahnhofes. Das Unternehmen ist von der Gewerkschaft der Benzol-lausarube in Wölke käuflich erworben worden.

op. Rudowa, 7. April. (Eine Entente-Kommission an der Flätschen Grenze.) Zum Studium der Nationalitätsverhältnisse der Bewohner in den deutschen Grenzorten, in denen vornehmlich böhmisch gesprochen wird, traf eine aus drei Offizieren bestehende Entente-Kommission in hiesiger Gegend ein. Sie begab sich in die Gegend von Tscherven und Straukenen und hielt namentlich in Schlanen ein eingehende Umfrage. Hierbei wurde den Kommissaren von den Ortsbewohnern nachdrücklich böhmisches Gesinnung betont und deren Abneigung gegen den tschechischen Nachbarn in deutscher Weise dargestellt. Die Kommission fuhr alsdann nach Glas und begab sich von da nach Görlitz.

op. Rimpfisch, 7. April. (Der Rücktritt des Bürgermeisters Spinde) erregt hier beachtliches Aufsehen. Die Lebensmittelkommission hat sich als Kontrollstelle eine Anzahl Uebergriffe zuschulden kommen lassen, die sich namentlich auch gegen den um die Entwicklung von Rimpfisch hochverdienten benannten Bürgermeister richteten.

op. Freiburg, 7. April. (Wütereiße von heute!) Das Rosenbergsche Stobhart wurde vor einem halben Jahre mit einer bedeutenden Preissteigerung für 130 000 Mark an einen Landwirt John verkauft, der es jetzt für 172 000 Mark weiterverkauft.

*** Breslau, 9. April. (Linke-Hofmann.)** Die Streckenden der Linke-Hofmann-Werke A.-G. zu Breslau beschlossen in gemeinlicher Abstimmung die Wiederausnahme der Arbeiten für den 9. April.

Kunst und Wissenschaft.

Riesberger Stadttheater.

Bernhard Wilm's „Streusellchen“ war einer der gelungensten Theaterabende dieser Spielzeit. Sowohl durch die Güte des Stückes wie durch den Erfolg. Dieses grundgesunde Bauerndrama wirkte auf die Zuhörer so unmittelbar, daß es sie zum impulsivsten Beifall fortriß. Das prachtvolle Spiel von Frau Adolphi hob das Werk noch zu besonderer Höhe. Der Dichter, der sich auf freudigen Hervortritt nach dem dritten Akt wie zum Schlusse mehreremale zeigen konnte, die Trägerin der Hauptrolle und der Benefiziant konnten sich mit vollem Rechte in den Erfolg des Abends teilen, und es ist nur zu bedauern, daß wegen der Nähe des Osterfestes wohl nur eine Wiederholung des Stückes herauskommen wird.

Schon nach der Barmbrunner Uraufführung ist an dieser Stelle die tüchtige, ehrliche und talentvolle Arbeit gewürdigt worden. Ich kann mich dieser Würdigung heute mit freudiger Anerkennung nur voll anschließen. Wilm hat sich das alte Bauernmotiv, den Haß des neuen Besitzers gegen den Inhaber des Ausgedinges, zum Vorwurf genommen, und hat gleich kräftig zugegriffen, gleich das trasse Verbrechen des Giftmordes zur Grundlage des Dramas gemacht. Ein besonderes Verdienst des Verfassers ist es, daß er den Giftmord selbst als Einleitung genommen und das eigentliche Trauerspiel dann in die Seele der Hauptperson gelegt hat. Aus dem Nord folgt der Versuch der Brandstiftung. — die Mörderin will das Gespenst der Toten aus dem Hause bannen. — daraus die fürchterliche Strafe durch den Tod des schon gezeichneten Sohnes und die Sühne durch den das Ganze ungewollten, ganz selbstverständlich abschließenden Selbstmord. Reiche, padende Handlung, lebendige echte Gestalten und wirkliche Gestaltungskraft mit zwingender Logik sind Vorzüge des Stückes, deren sich nicht jede Arbeit rühmen kann, die heute mit größeren Ansprüchen auftritt. Wilm's „Streusellchen“ ist ein echtes, wirkliches Volkstück.

Nur eines schmälert ein wenig die Wirkung des Ganzen: der Umstand, daß der Verfasser die eigene Weltanschauung zu deutlich durch den Mund des jungen Theologen Grüttner, den actuellen Schardt, reden läßt. Diese Gestalt ist nicht gerade unwahrscheinlich, aber es würde die Geschlossenheit des Ganzen wesentlich erhöhen, wenn wir nur das Bauerntum reden hörten. Der Verfasser hätte das nicht schwer gehabt, wenn er statt des Theologen eine andere Figur voll ausgearbeitet auf die Bühne gestellt hätte: den alten Bauernphilosophen Siebert, von dem im Stück nur die Rede ist, den ich mir aber als handelnde Person hier sehr gut denken kann. (In Gortz's „Nachtstuhl“ haben wir in dem alten Bilger eine solche Figur.) Grüttner gibt ja im Grunde nur die vortreffliche Anschauung dieses Siebert wieder, daß das Leben eigentlich nur ein Kampf gegen den Dreck ist. Deshalb hat der Verfasser also den Siebert nicht gleich in Person vor uns hingestellt? Er würde dann eine wertvolle Figur gewonnen haben, und hätte der drei etwas farblosen Nebenfiguren des Grüttner, des Arztes und des weiblichen Sommergastes wohl entraten können. Dadurch hätte das Ganze an äüherer und immerer Geschlossenheit nur gewinnen können. Aber auch so wie es ist, wirken jene Figuren durchaus nicht störend, weil sie unaufrichtig gearbeitet sind. Im Ganzen ist das Werk im besten Sinne deutsch, schlesisch, volkstümlich.

Die Aufführung war vortrefflich. Daß Wilm selbst die Spielleitung inne hatte, an der nicht anzusehen war, gereichte dem Ganzen zum Vorteil. Eine ganz ausgezeichnete Unterstüßung erhielt er von der Darstellung der Schindlern durch Frau Adolphi. Das war eine Charakterzeichnung in Masse und Spiel bis ins Kleinste. Jede Miene, jede Gebärde, jeder Ton waren echt und padend. Das war eine Leistung aus einem Gusse, wie man sie sich an ersten Bühnen nicht besser denken kann. Kam es der Darstellerin schon zu Hilfe, daß Wilm diese Gestalt mit wirklicher Meisterhaftigkeit gezeichnet hat, so tat Frau Adolphi doch noch so viel eigenes Leben hinzu, so viel padende Leidenschaftlichkeit und reise Künstlerkraft, daß die Ruhörerichkeit völlig im Banne dieser weiblichen Verbrechernatur stand und alle Qualen des bösen Gewissens mit ihr erleben konnte und mußte.

Aber auch die übrigen Darsteller taten ihre Schuldigkeit. Herr Walter-Böhne, der Benefiziant, dem wir für die Wahl des „Streusellchen“ zu besonderem Dank verpflichtet sind, gab den unglücklichen Sohn, der in der Mutter außer der Brandstifterin auch noch die Mörderin erkennen muß, besonders im letzten Akte, in dem er hauptsächlich zum Spiel kommt, mit Temperament und echtem Gefühl. Reiche Spenden besetzten ihm die Dankbarkeit des Publikums auch für seine früheren Leistungen. Herr Wittschel bewies als Schindler, daß er eine ganz echte Figur geben kann, wenn er nur will. Herr Kiedel als der schwindelkätige Glas-schleifer Karl und Herr Beyer als der Rimmerlehrerin Rudolph boten recht brave Leistungen, ebenso Herr Otto als Raitwald-Pare, Herr Schramm als Ortsvorsteher, Herr Helze als Gendarm, — das Schließen nach den im Quedenbäumen versteckten Möbeln ist ein sehr gelungener Witz des Verfassers. Herr Konkel als Theologe spielte diesen so einfach und mit so ernster Empfindung, daß er die Entbehrlichkeit dieser Figur nicht merken ließ, ebenso Direktor Hende den Arzt. Fr. Strebel hatte als Sommergast Erla, — der Verfasser hat wohl diese Figur als vätere gleichwertige Lebensgefährtin des Theologen gedacht, bis ihm das Leid der Menschheit tragen zu helfen berufen ist. — wenig Gelesenheit, ihr Können zu entfalten. Frau Knüßler gab das Sierben der vergifteten Tante Tengler mit großer Echtheit ohne zu starke Effekte, und Frau Konzborfer war ebenfalls gut als brave Tischlermeisterin, wie auch Fr. Suttner als Siebert-Marta.

Das voll besetzte Haus zeigte sich dem Dichter wie der Darstellerin gegenüber außerordentlich dankbar, ja geradezu begeistert. W. D.

X Kleine Nachrichten. Theaterdirektor Friedrich Peters-John, der frühere Leiter des Görlitzer Stadttheaters, ist in Schreiberhau gestorben.

Letzte Telegramme.

Der Rätekongress in Berlin.

3 Berlin, 9. April. Die zweite Sitzung des Rätekongresses wurde heute vormittag 9 1/2 Uhr vom Präsidenten Leinert mit der Vorlesung eines Schreibens des preussischen Justizministers eröffnet, worin dieser erklärt, daß die Haftentlassung Ledebours nur durch das Gericht verfügt werden könne. Infolgedessen wurde auf Antrag Dr. Rosenfelds beschlossen, an das Gericht eine Aufforderung zur Haftentlassung Ledebours zu richten. Hieraus stellte das Soldatenratsmitglied Bod den Antrag auf sofortige Haftentlassung Brandes, um weiteres Blutvergießen in Magdeburg zu verhüten. In der Aussprache über die Magdeburger Vorkommnisse stellten sich die Redner der Mehrheitssozialisten auf den Standpunkt, daß man auf Grund des vorliegenden unzureichenden Materials keine Beschlüsse über Magdeburg fassen könne. Dr. Rosenfeld beantragte, daß eine Kommission des Kongresses den Reichsminister Roske sofort ersuchen soll, unter Vorlegung des gesamten Materials eine eingehende Prüfung der Angelegenheit vorzunehmen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Kein Verkehrsstreik in Berlin.

wb. Berlin, 9. April. Die Angestellten der Straßenbahnen, Untergrund- und Hochbahn haben nach einer Stunde die Arbeit wieder aufgenommen.

Streik der Berliner Bankangestellten.

3 Berlin, 9. April. Die Berliner Bankbeamten sind heute morgen in den allgemeinen Ausstand getreten. Die Angestellten der Berliner Handelsgesellschaft und der Deutschen Bank haben sich der Bewegung bisher nicht angeschlossen. Im Reichsarbeitsamt haben heute vormittag die Verhandlungen mit den Streikenden über die von diesen erhobenen Forderungen begonnen.

Gegen einen Generalkreis in Leipzig.

wb. Leipzig, 9. April. Der Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei Leipzigs warnt mit Rücksicht darauf, daß es heißt, in Leipzig solle in den nächsten Tagen wiederum eine Generalkreis inszeniert werden, vor der Teilnahme an jedweder solcher Demonstration und fordert die Arbeiter auf, sich gegen jeden Terror zu wehren.

Die Lage im Ruhrrevier.

wb. Essen, 9. April. Das Korps Bichtenberg ist gestern in Essen eingerückt. Es hat 2 Tote und 1 Verwundeten gegeben. Ein Mitglied der Kemmer-Kommission wurde verhaftet.

3 Essen, 9. April. Ein Regierungssoldat, der sich in der Stadt verirrt hatte, wurde in einer Straße von Arbeitern überfallen und schwer mißhandelt. Der Soldat konnte jedoch durch herbeigeholte Hilfe befreit werden. 4 Arbeiter wurden festgenommen.

wb. Essen, 9. April. Wie von authentischer Seite festgestellt wurde, sind die aus dem Ruhrrevier während der letzten Tage gemeldeten Streiksiffern insgesamt und im Einzelnen um ein Erhebliches über den wirklichen Bestand der Ausständigen hinausgegangen. Wie der Bergbauverein berichtet, haben auf den vom Streik betroffenen Zechen 48 800 Mann gearbeite. Außerdem arbeiteten auf Zechen, die überhaupt nicht vom Streik betroffen wurden, 15 177 Mann.

Die neue revolutionäre Regierung in München.

wb. München, 9. April. Nach Verordnung des revolutionären Zentralrates wird die gesamte Presse unter gesellschaftliche Wirtschaftskontrolle gestellt. Die gesamten Verwaltungs- und Betriebsgeschäfte unterstehen auch in wirtschaftlicher Beziehung der öffentlichen Aufsicht. Die Kontrolle üben sofort Betriebsräte aus. Eine weitere Verordnung des provisorischen Zentralrats besagt: Es

wird die allgemeine Sonntagsruhe auch für die Presse angeordnet. Die Lebensmittelgeschäfte bleiben von der Anordnung ausgenommen.

wb. München, 9. April. Der Zentralrat hat im Einvernehmen mit den Organisationen der Beamtengewerkschaften provisorische Richtlinien für die Erneuerung des bayerischen Beamtenskorps erlassen. Alle überflüssigen Beamtenposten und Beamtentitel werden abgeschafft.

wb. München, 9. April. Der provisorische revolutionäre Zentralrat hat alle örtlichen Arbeiterräte aufgefordert, durch Vertreter die Hotels u. Gasthäuser in Bezug auf Lebensmittelvorräte, Mahlzeiten- und Zimmerpreise zu kontrollieren und ev. Vorräte, die den normalen Verbrauch übersteigen, zu beschlagnahmen und den kleinen Gasthäusern zuzuwenden, in denen vorwiegend Arbeiter verkehren.

Lebensmittel aus Holland.

wb. Rotterdam, 9. April. Dem Wunsche der deutschen Regierung entsprechend, ist heute auf Veranlassung des Vertreters der deutschen Regierung in Rotterdam der erste Ueberseedampfer mit Mehl, Fett und Milch, zusammen etwa 8000 Tonnen, nach Bremen abbeordert worden.

Was Deutschland zahlen soll.

wb. Paris, 9. April. Nach einer Meldung des B. T. berichten verschiedene Zeitungen, daß man jetzt darauf verzichtet habe, die Gesamtsumme der von Deutschland zu leistenden Entschädigung festzusetzen. Nur über zwei Ziffern sei man völlig einig. Die erste Rate soll 25 Milliarden betragen und im Verlaufe von 30 Jahren in gewissen Kategorien von Entschädigungen abgetragen werden, namentlich für Verluste des privaten und Verletzung des Völkerrechts.

Cottin begnadigt.

wb. Paris, 9. April. Poincaré hat nach einem Besuch Clemenceaus die gegen Cottin verhängte Todesstrafe in eine sechsjährige Zuchthausstrafe umgewandelt.

England und Rußland.

3 Amsterdam, 9. April. Dem Telegraph wird aus London gemeldet: Während die Abendblätter einen amtlichen Aufruf enthalten, der zur Teilnahme an den Kämpfen in Nordrußland auffordert, wird Oberst Wegwood heute abend im Unterhaus den Antrag stellen, die englischen Truppen aus Rußland zurückzuziehen, mit der russischen Regierung Frieden zu schließen und die Blockade in Rußland aufzuheben.

Eine englische Wohnungsreform.

wb. London, 9. April. Heute. Im Unterhaus wurde das Wohnungs-gesetz das umfassende Pläne zur Wohnungsfrage, sowie die Ausrottung der schmutzigen Arbeiterquartiere im ganzen Lande enthält, in der zweiten Beratung einstimmig angenommen.

Die Lage in Ägypten.

wb. London, 9. April. Heute. Im englischen Unterhaus erklärte in Erwiderung auf eine Anfrage ein Regierungsvertreter, der englische Oberbefehlshaber in Ägypten habe eine Proklamation erlassen, daß die Ordnung größtenteils wieder hergestellt sei.

Wettervorhersage der Oberrealschule.

(365 m Seehöhe.)	8. April.	9. April.
Auftau in mm	721,3	715,07
Luftwärme in °Celsius 8 Uhr vorm.	+ 8,1	+ 10,5
" " " 2 Uhr nachm.	+ 9,9	+ 8,9
" " " höchste	+ 14,5	—
" " " niedrigste	+ 8,7	— 8,5
Feuchtigkeit in Proz. 8 Uhr vorm.	56	68
Niederschlagsmenge in mm	—	—

Bekanntmachung.

Von der Reichsbekleidungsstelle sind uns **Wollene Kinderstrümpfe, Damen-Blusen, sowie Knaben- und Mädchenhemden** zur Verfügung gestellt worden.

Kleinhändler des Kreises Hirschberg, welche vor dem 1. August 1914 mit diesen Artikeln gehandelt haben, können ihre Bestellung vom 10. bis 14. d. Mts. bei uns abgeben. Die zugeleiteten Waren müssen bis spätestens 19. d. Mts. abgeholt sein, andernfalls anderweitig darüber verfügt wird.

Kleider-Beschaffungsstelle des Kreises Hirschberg.

Beilanztrina mögl. araber Stein, aus Privathand zu kaufen gesucht. Gefl. Off. u. G 263 an den "Boten" erbeten.

Rollwagen

für 50—60 Str. Tragkraft sucht zu kaufen Otto Schumann, Landes-hut i. Schl. Fernsprecher Nr. 18.

Gut erhaltener **rechteckig. Ausziehfisch und Gashängelampe**

zu kaufen gesucht. Kant, Derischdorf, Walterstr. 8.

Suche einen gebrauchten, gut erhalt., nicht zu starken **Dresdhyöpel**

zu kaufen. Angeb. erditt. Oswald Schäfer, Nieder-Rabitzhau.

Feiner Herrenhut, Gr. 56, zu kauf. gef. Preisoff. u. A 236 an die Expedition des "Boten" erbeten.

Jagdgewehr zu kaufen gesucht. Offert. mit näheren Angaben u. Preis erbeten.

Arthur v. Lebinski, Breslau IX, Paulstr. 27.

Gut erhalt. **Geldschrank** zu kaufen gesucht. Die Verwaltung des Erholungsheims Refelschloß Post Giehren i. Bsh.

Otto Schubert u. Frau Elisabeth
geb. Harbig
Vermählte
Heide l. Holst., 9. 4. 1919.

Statt jeder besonderen Anzeige.
Heute mittag entschlief sanft mein einziges
Kind, mein herzlich geliebter Sohn
Arthur.
In tiefstem Schmerz setzt dies an mit der
Bitte um stille Teilnahme
verw. Kanzleirat **Freymark.**
Hirschberg, den 8. April 1919.
Die Beerdigung findet am Freitag
nachmittags 2 1/2 Uhr vom Trauerhause, Lang-
straße 10, aus statt.

Für die uns anlässlich unserer
Silberhochzeit
erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir Allen auf
diesem Wege unsern
herzlichsten Dank.
Paul Wiese, Lokomotivführer
und Frau.

Habe mich in **Lähn** als
praktischer Arzt
niedergelassen.
Sprechstunden 8-10 vorm., 2-3 nachm.
Wohnung Markt 31.
Dr. med. Buddec,
prakt. Arzt u. Geburtshelfer.

Wald-Pädagogium Z obten a. Berge
Internat. abreg. Arbeit. VII - U u. incl. Sämtl. Schulgattg. Fördern. Zurückgebil. Zeiterp. Bez. Breslau. Telefon 77. Obersekundarstufe (Einzjährig) Prosp. Dr. Dr. Scharia.

Freikorps Görlitz
braucht noch Mannschaften aller Waffen, besonders
Pioniere, Flammenwerfer und am Handschein-
werfer ausgebildete Leute.
Kommt, meldet Euch zum Schutze der Heimat, zum
Schutze der Regierung.
Meldungen werden **Sonnabend vorm. v. 8-11 Uhr**
in **Hirschberg, Strauß Hotel**, entgegen genommen, sonst
Görlitz, Gymnasium am Klosterplatz.

Anmeldungen zur
Geigenstunde
nimmt entgegen
Charlotte Raymond,
Schülerin von Professor Druscowich, Breslau.
Herlschdorf-Scholzenberg, Haus Keffenbeil.

Heirats-Grundst.-Gold- Vermittlungs-Büro Bunzlau l. Schl. Klosterpl. 1 empf. a. ein. gut. Beacht. **Rotschedige Hündin** entlaufen. Wiederbr. erhält Belohnung. Gasthof Alte Fassung.

**Für Freiwillige Eisenbahnbau-
Detachements u. Freiw. Panzer-
züge für Grenzschutz Ost**

werden dringend gebraucht
in erster Linie frühere Angehörige
mobiler Eisenbahn-Formationen,
ferner: Zimmerleute, Rottenarbeiter, Schmiede,
Schlosser, Decker, Techniker, sonstige Holz- und
Eisenarbeiter, die im Kriege bei andern Waffen-
gattungen gedient haben.
Ungeübte Leute können nur in Ausnahmefällen
angenommen werden.
Einstellung erfolgt zu den üblichen Bedingungen
für den Grenzschutz Ost.
Militärvapiere und Entlassungsschein sind mit-
zubringen.
Auslagen für die Bahnfahrt werden vergütet.
Meldung beim Central-Verkehrs-
bureau des V. A. R. in Glogau und bei sämt-
lichen Werbe- und Annahmestellen
für Seimatschutz Ost des Kreises
Hirschberg.
**Werbestelle Hirschberg: Waldsee-
Kaserne.**



Freiwillige
aller Waffengattungen und aller
Dienstgrade, meldet Euch zum
Schutze der bedrängten Heimat beim
**Freiwilligen - Detachement
Tüllmann zum
Grenzschutz-Ost.**
Disziplinierte Truppe, bekannte
Bedingungen. Abzeichen: schwarzes
Kreuz im silbernen Kranz an beiden
Tragenspiegeln, Totenkopf an der
Nähe. **Meldestelle**
1) Charlottenburg, Sophie-
Charlotte-Platz, Siemens-
Oberrealschule,
2) Hannover, Georgstraße
Nr. 19.

Freiwillige für den Grenzschutz
braucht dringend das 2. Bataillon Frei-
willigen Grenzschutz-Regiments Nr. 1
in Gebhardsdorf bei Friedeberg a. Lu.
Gesucht werden:
Offiziere, Unteroffiziere, Infanteristen im Alter von
20-40 Jahren. M.-G.-Schützen, Handwerker,
Särgeher, Pferdepfleger, Artilleristen.
Helft dem bedrängten Vaterlande!
Bekanntes Bedingungen. Voraussetzung für Ein-
stellung: Unterordnung unter strengste Disziplin.
Meldestelle für Unteroffiziere und Mann-
schaften Mittwoch und Sonnabend von 10-12 Uhr
vormittags in Friedeberg a. Lu. Gasthof
„Deutscher Kaiser“.
Für Offiziere: 5. Inf.-Bria. s. b. B. 5 Hirschberg
l. Schles. Strobel,
Major und Bataill.-Kommandeur.

Kiesewalters Kur-Badeanstalt
Petersdorf im Riesengebirge.
Täglich geöffnet von früh 7 bis abends 8 Uhr.
**Elektrische Licht- und Wannenbäder,
Dampfbäder, Massagen und Packungen.**

**Zwei lustige, junge,
gebildete Mädchen,**
sehr vermögand, wünschen
Serren, am liebsten vom
Grenzschutz, zwecks
Heirat
schleunigst kennen zu lern-
nen. Offerten mit Bild u.
G 260 an den „Boten“.

Witwer,
Landwirt, Ende 40er J.,
große, statl. Erscheinung,
ohne Kinder, mit schulden-
freier Landwirtschaft u. viel-
wirtschaftl. Bequemlichkeit,
sucht auf dies. Wege pass.
Lebensgefährtin
im Alter bis zu 35 Jahr.,
Witwe mit einem Kinde
nicht ausgeschlossen.
Offert. unter P 228 an die
Erped. des „Boten“ erbet.

Gebildetes Fräulein
m. eigenem Heim u. etw.
Vermög., mit tief. Herzens-
bildung, ebl. Char., tabellf.
Vergang., musk., wünscht
Heirat.
mit geb., sympath. Herrn
mit sch. Existenz l. Alter
von 36-45 J. Off. unt.
N 8 63 postl. Hirschberg.

Anst., wirtl., wirtschafll.
Mädchen, 28 J., auch gr.
Geschäftsinteresse, f. best.
Herrn zwecks
Heirat
kennen zu lernen. Ernstg.
Offerten unter R 251 an
d. Erped. d. „Boten“ erb.

Osterwunsch!
Jungere, gebildete Herr
wünscht wegen Geschäfts-
hindernissen eine hübsche
Dame kennen zu lernen
zwecks späterer
Heirat.
Jahres Einkomm. 6000 Mk.
Off. mit Bild u. N 249
an d. Erped. d. „Boten“.
Diskretion Ehrensache.

Wer glückl. heiraten will,
verlange sof. vertrauensw.
Provd. Keine gew. Ver-
mittl., f. Vorschub, grund-
rechtl. fr. verschw. (Zusdg.
unauffäll.). Rückf. Nr. M.
Grenze, Berlin-Schöne-
berg, Postfach 55.

Osterwunsch!
Gebild., nettes Mädchen,
25 J., evang. Aufw. wirt-
schafll. u. häusl. wünscht
mit Herrn, Witwer nicht
ausgeschlossen, in fester
Lebensstellung in Briefw.
zu treten zwecks späterer
glückl. Heirat.
Offerten unter W 124 an
d. Erped. d. „Boten“ erb.

Sch. nehme Anmeldung. u.
Vorbereitung
auf alle Klassen höh. Lehr-
anstalten sowie sonstigen
Privatunterricht an.
E. Seegall, Kandidat,
Warmbrunner Straße 20.

**Bilder-Einrahmungs-
anstalt.**

Gr. Lager in fert. Bildern,
Hausfegen zu all. Gelegen.
Lose Blätter. Photogr.
Nahm. Reing. v. Bildern.
Paul Griener,
Markt Nr. 47.

Gebrauchte, gut erhaltene kombinierte
**Abricht-Hobel- und
Dicktenmaschine**

Sofort zu kaufen gesucht. System Kirchner & Leichert
bevorzugt. Offerten mit Preis erbeten an die
Maschinenfabrik Langensl. 13,
Bezirk Liegnitz.

Gummiwaren
**Spülapparate,
sani-
läre
Frauenartikel.**

Anfragen erbitte Versandhaus
Heusinger, Dresden 130
Am See 37.

**Reparaturwerkstatt,
Bogenziehen,**

Sithertimmen,
Reparat. an all. Instrum.
werden sachgemäß ausgef.
Paul Griener,
Musikinstrumentenhaus,
Markt Nr. 47.



Vom Lager lieferbar:

**Diebessichere
Geldkassetten,
Fleischhackmaschinen,
Reibemaschinen,
Babywagen etc.**
und empfehlen zu zeit-
gemäß billigsten Preisen
Teumer & Bönsch.

Sofort lieferbar:

7 Fräsmaschinen,
2 Bandsägen,
2 Langlochbohrmasch.,
1 Pendelkreissäge,
1 Bandsägefeilmasch.,
1,5 PS. Drehstrommotor
mit Anlasser,
Transmissionen.
**Richard Koch,
Schreiberhau i. R.**

**Gehr. silb. Löffel,
Bestecke,
alten Goldschmuck**

kauft **Hermann Hoppe,**
Schildauerstr. 10.
Fernsprecher 670.

**Reh-
Hajen-
Kanin-
Felle**

kaufen zu höchsten
Preisen
**Caspar
Hirschstein & Söhne.**
Offe. Burgstr. 16.

**Gitarren, Lauten,
Mandolinen, Geigen,
Harmonikas, Sithern,
Violinbogen, Saiten,
Schulen f. alle Instrum.
nur eriklass. Waren.
Paul Griener,
Musikinstrumentenhaus,
Markt Nr. 47.**

Allerbeste

Gummisauger

jetzt 1,20—1,35 Mark. Händler Rabatt.

Demnächst erscheint illustrierte Liste über

Gummiwaren aller Art.

Zusendung kostenlos. Kleinverkauf-Versand.

Gummigeschäft Reeder

Breslau II., Gartenstraße 63 hptr.

Tuch-Haussehuhe mit Tuchfutter (kein Papier)

mit Filz- u. starker Ledersohle, Lederabsatzflack, sehr preiswert
Fa. Grete Herrmann, Schildauerstr.

Schreibmaterialien,

Stöcke, Gesangbücher,
Vollsliterat., Fensterpap.,
Krepppapier, Spieg., Brief-
kassetten, Gardinenstangen,
Rosetten, Portièrenstang.,
Kouleauxstangen.
Paul Griener,
Markt Nr. 47.

Zum Wochenmarkt:

Schnittlauchstöcke,
Khabarb. (rostf. Viktoria),
starke Teilstöcke,
Dinbeer., Stachelbeer-
Stränder,
Salatysls., Stiefmütterch.,
versch. Blütenstauden.
Gärtnerei Postle,
Stonsdorfer Str.

Meinen werten Kunden von Krummhübel und
Umgegend zur geistl. Nachricht, daß ich mein

**Tapezier- und
Dekorationsgeschäft**

wieder eröffnet habe und empfehle mich zur An-
fertigung aller

**Tapezier-, Polster- und
Dekorationsarbeiten.**

Adolf Schulze,

Tapeziermeister, Krummhübel i. Riesengeb.
**** Telephon 265. ****

Eisenbahnschienen

als Ersatz für **T-Träger**

Siederöhre

zu **Zaunsäulen**, besser und billiger als
Stein und Cement, habe ich laufend jedes Quantum am
Lager.

Otto Schumann, Landeshut i. Schles.

Rohprodukten und Alteisengrosshandlung
Fernsprecher 18.